

**Tim Klüssendorf**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 06.03.2023



**„Frauen verdienen mehr als Blumen: Sie verdienen gleichen Lohn, gleiche Rechte & gleiche Chancen“ - Tim Klüssendorf zu Equal Pay Day & Internationalem Frauentag**

Mit dem Equal Pay Day am 7. März und dem Internationalen Frauentag am 8. März folgen die zwei zentralen gleichstellungspolitischen Aktionstage 2023, wie bereits 2022, direkt aufeinander. Dabei wird der Internationale Frauentag jährlich am gleichen Datum begangen, das Datum des Equal Pay Days hingegen bildet die Höhe der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern ab.

Daran, dass der Equal Pay Day erneut auf den 7. März fällt, wird somit deutlich: Die Lohnlücke ist innerhalb des vergangenen Jahres nicht kleiner geblieben, sondern hat bei rund 18% stagniert. Frauen hätten, wenn sie ab dem Equal Pay Day den gleichen Lohn wie Männer erhalten würden, durchschnittlich bis zum 7. März bereits mehr als zwei Monate hinter sich, während derer sie umsonst gearbeitet haben.

Für den direkt gewählten Lübecker Bundestagsabgeordneten Tim Klüssendorf ist daher klar:

„Frauen verdienen mehr als Blumen zum Frauentag: Sie verdienen gleichen Lohn, gleiche Rechte & gleiche Chancen. Die immer wieder erschreckend großen, bestehenden Lücken wollen und müssen wir schließen, wenn wir es mit einer gleichberechtigten Gesellschaft ernst meinen. Hierfür braucht es eine gleichberechtigte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit. Dieser werden wir unter anderem durch die Einführung einer zweiwöchigen vergüteten Partnerfreistellung nach der Geburt eines Kindes und verbesserte Elterngeldregelungen näherkommen. Beide Maßnahmen werden wir möglichst zeitnah im Deutschen Bundestag beschließen.“

Auch sollten wir gesamtgesellschaftlich über Ansätze, wie eine Arbeitszeitverkürzung auf – zum Beispiel – 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich, diskutieren. Die durch Technologisierung und Digitalisierung steigende Produktivität könnte hier neue Spielräume eröffnen. Bei einer verkürzten Arbeitszeit würde Sorgearbeit, die mehrheitlich immer noch deutlich zeitintensiver von Frauen geleistet wird, zu einer weniger starken Mehrbelastung. Auch bestünde für mehr Menschen die Möglichkeit, sich neben der beruflichen Vollzeit-Tätigkeit beispielsweise ehrenamtlich zu engagieren.“

In Deutschland wie auch weltweit gewinnen rechtspopulistische und antifeministische Bewegungen an Lautstärke, genährt durch multiple Krisen. Die Bundesregierung reagiert hierauf einerseits mit einer modernen Gesellschaftspolitik, die Demokratieförderung und Geschlechtergerechtigkeit stark priorisiert, und andererseits mit einer feministischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. So werden verbesserte Repräsentanz und Ressourcen für Frauen und marginalisierte Gruppen ermöglicht.

Klüssendorf fordert zusätzlich: „Ich kann die aktuellen Aussagen der Anti-Diskriminierungsbeauftragten der Bundesregierung, Ferda Ataman, nur unterstützen: Um die zur wirksamen Bekämpfung von Lohnungleichheiten notwendige Transparenz

**#timistdeinabgeordneter**

herzustellen, müssen wir das Entgelttransparenzgesetz dringend reformieren. In der aktuellen Fassung sind die Regelungen noch nicht wirkmächtig genug. Beispielsweise gilt das Auskunftsrecht, also dass Mitarbeiter:innen ein Recht darauf haben, anonymisiert zu erfahren, was Kolleg:innen mit gleichwertigen Tätigkeiten im Unternehmen verdienen, nur in größeren Unternehmen ab 200 Beschäftigten - und es hat zu viele Schlupflöcher.“

**Kontakt für Rückfragen:** Jakob Jürß, Pressereferent

tim.kluessendorf.ma02@bundestag.de

030 227 71640 | 0151 51958212

Platz der Republik 1, 11011 Berlin